

## Zusammenbruch und Wiederaufbau in der Diözese Linz

Zum Gedenken an Bischof Fließner († 12. 6. 1960)\*

Während die Oberdonau-Zeitung vom 2. Jänner 1945 die Worte des Führers verkündete: „1945 wird das Jahr der geschichtlichen Wende sein!“, schrieb Bischof Fließner eine kurze Bemerkung in seinen Kalender, die die Lage wirklich charakterisierte: „Wohnzimmer noch unbenützt – 2 Bomben bei Prinz\*\* am 27. XII. 1944“.

Da die geschichtliche Wende sich aber zum Schlechten neigte, rief Gauleiter Eigruber den ganzen Gau zum Volksoffer auf. Er bat Bischof Fließner in einer Unterredung, „daß sich auch die katholischen Kirchenvermögensverwaltungen, so weit es angeht, an dem ‚Volksoffer‘ beteiligen möchten“.

Bischof Fließner erließ einen Aufruf zur Ablieferung aller schadhafte und deformierten Spinnstoffe. Der letzte Satz dieses Rundschreibens – „Auch das Wenige wird von den Sammelstellen gerne angenommen werden im Sinne des Propagandaspruches: ‚Keine Spende zu klein für eine so große Entscheidung‘“ –, den Bischof Fließner besser nicht geschrieben hätte, empörte einige Gläubige. Doch der Bischof rechtfertigte sich: „Da mir der Herr Gauleiter in der Seminarfrage und in der Zurrücknahme von Gauverboten, die mehrere Priester getroffen hatten, wiederholt sehr entgegengekommen war, hielt ich es für angezeigt, innerhalb der eigenen Kompetenz eine Zusage zu geben.“

Bei einem Fliegerangriff am 20. Jänner 1945 erlitt der Neue Dom einen Volltreffer. In einer Angriffspause überbrachte man dem Bischof in den Luftschutzkeller des Bischofshofes – Dr. Fließner ging nur ganz selten in den im Bischofshof eingerichteten Luftschutzkeller – die Nachricht vom Treffer des Domes. Nach dem Angriff eilte der besorgte Bischof sofort zum Dom, um sich an Ort und Stelle über den Schaden zu informieren. Da er sich im Geiste den Schaden schon sehr arg ausgemalt hatte, war er anfangs dankbar, daß nicht mehr passiert war. Der Bischof erklärte ab sofort die Ursulinenkirche zur Kathedralkirche der Diözese Linz.

Da Oberdonau immer mehr Kriegsland wurde, erließ Bischof Fließner am 5. April 1945 kriegsbedingte Weisungen und Vollmachten für alle Priester. Am gleichen Tage erklärte er, daß er nur im Falle einer Zwangsevakuierung Linz verlassen würde und gab für den Fall, daß Bischof und Kanzler ihre Jurisdiktion nicht ausüben können, schon zu diesem Zeitpunkt allen Domkapitularen die *iurisdiclio generaliter delegata* für die Diözese. Am 6. April sprach Regierungspräsident Dr. Palten vor. Am nächsten Tag erließ der Bischof ein neues Rundschreiben, in dem er die Seelsorger „im eigenen Namen und über Ersuchen der Gauleitung“ bat, vor allem die flüchtenden Priester aufzunehmen sowie nach Möglichkeit die Gotteshäuser für kriegsbedingte Zwecke (Lagerräume etc.) zur Verfügung zu stellen.

Während der einst die Verteidigung von Linz groß ankündigende Gauleiter Eigruber sich in den letzten Kriegstagen in die hintersten Berge zurrückzog, blieb der Kapitelvikar bei seinen Diözesanen und begann, den Wiederaufbau des kirchlichen Lebens vorzubereiten. Noch vor der endgültigen Kapitulation gingen verantwortungsbewußte Menschen daran, eine neue Staats- bzw. Landesregierung aufzubauen<sup>1</sup>. So kamen am 5. Mai 1945 gegen 18 Uhr abends drei Sozialdemokraten, nämlich Dr. Oberhummer

\* Dr. Josef Calasanz Fließner, seit 10. 4. 1941 Weihbischof von Linz, nach dem Tod von Bischof Johannes Maria Gföllner (3. 6. 1941) Kapitelvikar mit den Rechten eines residierenden Bischofs (seit 11. 2. 1942), wurde erst am 11. 5. 1946 zum Diözesanbischof ernannt.

\*\* Devotionaliengeschäft neben dem Bischofshof.

<sup>1</sup> Am 27. April 1945 erklärte die Provisorische Staatsregierung in Wien den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich vom Jahre 1938 für null und nichtig. Um aber ein Rechts-

als präsidentlicher Landeshauptmann, Dr. Koref als Bürgermeister von Linz und Ottenbacher als Chef der sozialdemokratischen Partei zu Bischof Fließner und baten ihn, Christlichsoziale für die Landesregierung zu nennen<sup>2</sup>. Dr. Fließner aber erklärte, daß er als Bischof keinen aktiven Anteil an der Regierungsbildung nehme. Der Bischof stellte auch eindeutig fest, daß er seinen Klerikern keine Erlaubnis gebe, sich an der Politik zu beteiligen, ehe er nicht mit den übrigen österreichischen Bischöfen gesprochen habe. Er forderte die Sozialdemokraten als Regierungsbildner auf, Katholiken, die ihr Vertrauen besitzen, zu nennen. Er werde dann sagen, ob die betreffenden Männer auch sein Vertrauen genießen und als Vertreter des katholischen Volksteiles gelten können. Für die genannten Herren Dr. Sternad und Dr. Zehetner gebe er diese Erklärung ab.

Die Sozialdemokraten hatten den ehrlichen Willen zum Wiederaufbau. Daher sollte aller Parteienstreit und Kulturkampf ein Ende haben<sup>3</sup>. So boten sie dem Bischof für die Mitarbeit des Klerus am Wiederaufbau des Vaterlandes folgende „Grundlagen für ein friedliches Zusammengehen zwischen Sozialismus und Christentum und damit für eine Koalition zwischen Schwarz und Rot“ an: Matrikenführung und Schule sollten staatlich sein; die Ehe ist ein staatlicher Vertrag; keine Zahlung des Staates an die Kirche zu Kultuszwecken; Rückgabe der Güter; Wiedererrichtung einiger Mittelschulen und Einstellung des Kulturkampfes. Der Bischof präzierte noch einmal seinen Standpunkt: Er wolle nicht Regierungsbildner sein, sondern das Zustandekommen eines christlichen Zirkels abwarten, aus dessen Mitte dann geschulte katholische Männer aktiv in Politik und Wirtschaft eingreifen, ohne hiezu vom Bischof ein Mandat erhalten zu haben. Es muß angestrebt werden, daß der Staat der Kirche Freiheit gewährt, so daß sie mit ihren eigenen Mitteln das Ziel: Durchdringung der Gesellschaft mit christlichem Geist erreichen kann. Der Weg hiezu führt vom einzelnen zum Ganzen: Christliche Menschen schaffen von selbst eine christliche Gesellschaft. Einige Tage später schrieb Bischof Fließner offiziell: „Wir dürfen wohl erwarten, daß der Kirche die Freiheit auf dem ihr zustehenden Gebiete wiedergegeben werde und daß eine friedliche Verständigung auf den gemeinsamen Interessengebieten von vornherein angestrebt werde.“ Er rief auch die Katholiken zum Aufbau in diesem Geiste auf. Aber wiederum stellte er klar: „Unseren Beitrag entnehmen wir nicht politischen Parteiprogrammen . . .“. Auch zur ersten freien Wahl in der Zweiten Republik schrieb Bischof Fließner: „Die Parteien haben bereits ihre Programme kundgegeben und ihre Kandidatenlisten aufgestellt. Die Kirche hat daran nicht teilgenommen, hat keine der Parteien mit der Vertretung ihrer Interessen beauftragt und äußert sich . . . weder auf der Kanzel noch in der kirchlichen Presse.“ Wenn sich auch die Kirche ehrlich und konsequent zurückhält, so muß doch der einzelne Katholik „die Möglichkeiten ausnützen, durch seinen Stimmzettel dafür zu sorgen, daß Männer gewählt werden, die dem allgemeinen Wohl am sichersten dienen und für die Freiheit des Christentums und für die Rechte der Kirche tatkräftig eintreten werden“.

Immer wieder betonte er, daß sich die Kirche aus der Parteipolitik heraushalten werde. Dies wurde so oft hervorgehoben, daß einige katholische Politiker in Oberösterreich meinten, den ehemals „Katholischen Volksverein“ in eine überkonfessionelle Vereinigung umwandeln zu müssen. Dagegen aber protestierte Bischof Fließner, daß als Erbe eines ehemals „Katholischen Volksvereines“ nun ein überkonfessioneller „Volksverein“ weitergeführt werde.

---

chaos zu vermeiden, mußte man die meisten deutschen Rechtsvorschriften einstweilen übernehmen. Dadurch wurden fast alle deutschen Rechtsvorschriften auf dem Gebiet der Ehe und des Schulwesens übernommen.

<sup>2</sup> Sie baten ihn zunächst um den Prälaten von Schlierbach, Dr. Alois Wiesinger.

<sup>3</sup> „Damit ist auch für uns der Augenblick gekommen, den Kampf gegen den Klerus einzustellen . . .“ (Tagblatt, 1. (49.) Jg., Nr. 18 vom 17. 11. 1945, 1).

Nach der erwähnten Besprechung mit dem Bischof wurde von den drei Sozialdemokraten ein Protokoll angefertigt, in dem es zum Schluß heißt, daß Bischof Fließer den Vorschlägen der Sozialisten seine Zustimmung gegeben habe und „seine Mitwirkung und die des Klerus zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung in Aussicht stellt“. Gleich nach Kriegsende mahnte der Bischof seine Diözesanen: „Gerade in Zeiten allgemeiner Not... muß christliche Liebe noch weiter gehen, muß verschämter Not und stummer Verzweiflung nachspüren und den Leib retten, damit die Seele nicht zugrunde gehe.“

Weiters heißt es im sozialistischen Protokoll, daß die Herren Starhemberg, Revertera, Gleißner, Hammerstein, Kern als untragbar für jede demokratische Regierung anzusehen seien und der Bischof damit einverstanden sei. In einer Stellungnahme zu diesem Protokoll schrieb Bischof Fließer später: „Ich erwähnte damals schon, daß die Kirche sich von der Politik, namentlich von der Parteipolitik, wohl ferne halten werde und weigerte mich deshalb, irgendeine Person für politische Stellen namhaft zu machen, obwohl ich von Dr. Oberhummer wiederholt gebeten wurde, den Prälaten von Schlierbach zur Verfügung zu stellen. Ich habe darum niemanden abgelehnt und niemanden gefordert, sondern das als Sache der Parteien und nicht des Bischofs erklärt“<sup>4</sup>.

Wenn also Vizekanzler Schärf behauptete, Bischof Fließer hätte bei dieser Unterredung Dr. Zehetner genannt<sup>5</sup>, so ist dies ebenso unrichtig wie die Behauptung im sozialdemokratischen Gedächtnisprotokoll, er habe Dr. Gleißner abgelehnt. Aus anderen Eintragungen läßt sich eine sogar sehr freundliche Haltung Fließers gegenüber Dr. Gleißner ableiten<sup>6</sup>. Daß sich Bischof Fließer wirklich aus der offiziellen Parteipolitik herausgehalten hat, erhärtet eine weitere Eintragung: „Dr. Zehetner, Museumstraße 18, spricht vor und fragt an, ob er dem Wunsche der Sozialdemokraten gemäß an der Regierungsbildung teilnehmen soll. Ja, aber nicht in meinem Auftrag, doch erkläre ich ihm mein Vertrauen als Katholiken“<sup>7</sup>. Diesen Standpunkt vertrat Bischof Fließer auch offiziell. „Für die Kirche hat man es bereits aus dem Munde des Linzer Diözesanbischofs Dr. Fließer gehört, daß sie mit Parteipolitik nichts zu tun haben will...“ Nicht zuletzt wegen dieser Haltung — und sicher auch wegen der Tatsache, daß die Kirche während der NS-Zeit nicht zu den Freunden des Regimes zählte — galt der amerikanischen Besatzungsmacht die Kirche als unverdächtig und objektiver Zeuge. Des öfteren kamen die Amerikaner in Sachen Regierungsbildung zu Bischof Fließer, um sich über die Parteien ein objektives Urteil zu holen. Am 10. Mai 1945 ließen sich zwei amerikanische Leutnants über die Kräfteverhältnisse der Parteien vor 1934 informieren und fragten auch, ob den Sozialdemokraten zu glauben sei. Außerdem erkundigten sie sich nach dem Dollfuß-Schuschnigg-Kurs. Der Bischof erklärte ihnen, daß die Kräfteverhältnisse der Parteien derzeit nicht stimmen. Vor 1934 besaß die christlichsoziale Partei die Majorität und stellte den Landeshauptmann. Den Dollfuß-Schuschnigg-Kurs hatte der Bischof als Gewaltlösung bezeichnet.

Die Offiziere erklärten, daß für die Regierungsbildung vor allem die Sozialdemokraten und die Bauernschaft ins Auge gefaßt würden. Dem hielt der Bischof entgegen, daß aller Voraussicht nach die katholische Richtung überwiegend bleiben wird. Ein Übergewicht der Sozialdemokraten würde den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht. Überdies könnte die Bauernschaft sich nicht durch die Sozialdemokraten vertreten sehen. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die Amerikaner, obwohl sie erst

<sup>4</sup> Schreiben Bischof Fließers an das Sekretariat der Bischofskonferenz in Wien vom 16. Juni 1949.

<sup>5</sup> Schärf, Adolf, Österreichs Erneuerung 1945—1955, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1955, 46.

<sup>6</sup> „Gleißner wird innerhalb des Bauernl. zugelassen v. amerik. Offizier (von mir sehr begrüßt).“ (Calendarium 13. 5. 1945).

<sup>7</sup> Calendarium, 4. 5. 1945.

die Sozialdemokraten heranziehen wollten, am 14. Mai weder den schon vorgeschlagenen Sozialdemokraten Dr. Oberhummer noch auch einen Vertreter der Christlich-sozialen als Landeshauptmann beauftragten, sondern als Ausweg den nicht parteigebundenen Beamten, Hofrat Dr. Eigl, ermächtigten, Vorschläge zur Bildung einer Landesregierung zu machen. Den Sozialdemokraten blieb dieser Umschwung lange Zeit unerklärlich<sup>8</sup>. Wie richtig Bischof Fließer die politische Situation in Oberösterreich eingeschätzt hatte, zeigte die Wahl am 25. November 1945, bei der die ÖVP 29 Mandate und die SPÖ 19 Mandate im oberösterreichischen Landtag erringen konnten.

Doch Bischof Fließer ging es viel mehr um die Freiheit der Kirche und um den geistigen und materiellen Wiederaufbau der Diözese: daß die Predigten nicht mehr überwacht werden, den Priestern nicht mehr der Religionsunterricht verboten werde, die Kinderandachten wieder ungehindert durchgeführt werden können und die katholische Presse wieder frei sich entfalten könne. Die Jugend sollte weder religiösen noch sittlichen Gefährdungen ausgesetzt werden. Alle diese Anliegen unterbreitete Bischof Fließer den beiden Leutnants am 10. Mai 1945. Am 18. Mai 1945 wiederholte der Bischof seine Bitte beim Chef der amerikanischen Militärregierung, Oberst Russel A. Snook. Dazu fügte er noch die Bitte um Wiedereinführung der von den Nationalsozialisten verbotenen kirchlichen Feiertage. Am 22. Mai wurden die Feiertage von der Militärregierung auch gestattet.

Die Frage der Feiertage sollte noch viele Diskussionen mit sich bringen. Am 7. August 1945 hatte nämlich die österreichische Regierung in Wien durch das Feiertagsruhegesetz drei alte kirchliche Feiertage, Heilige Drei Könige, Peter und Paul sowie Maria Empfängnis, abgeschafft. Mitte Juni 1946 wurde diese Regelung auch in Oberösterreich eingeführt. Der damit geschaffene Gewissenskonflikt veranlaßte u. a. auch Bischof Fließer zu einem heftigen Protest. Der Bischof betonte zwar, daß er für diesmal gegen den Fehler einer erst im Anlaufen begriffenen demokratischen Gesetzesmaschine keinen öffentlichen Protest erhebe und auch den katholischen Volksteil davon abhalte. „Wer den Peterstag als kirchlichen Feiertag halten kann, ist dazu verpflichtet. Wer aber durch staatlichen Arbeitsbetrieb daran gehindert wird, ist von der Erfüllung der Feiertagspflicht . . . dispensiert. Ich werde aber nicht versäumen, durch eine Eingabe an die Landesregierung den Willen der katholischen Mehrheit zur Kenntnis zu bringen und Abhilfe zu fordern.“

Angeregt durch den Protest des Bischofs führte auch die Katholische Männerbewegung in allen Dekanaten der Diözese Linz Vorträge, Abstimmungen und Unterschriftenaktionen durch, die überall ein Ergebnis von über 90 Prozent, meist sogar von 100 Prozent für die Wiedereinführung der drei Feiertage brachten. Als die Feiertagsfrage Ende 1947 noch immer nicht geklärt war, führte Bischof Fließer in der Silvesterpredigt aus: „Die Kirche nennt es freimütig eine Zurücksetzung Gottes und eine Geringschätzung der Offenbarung Gottes, wenn man der Kirche grundsätzlich nicht das Recht zuspricht, ihre hohen Feiertage zu bestimmen, und wenn der Staat darüber mit allen anderen Faktoren verhandelt, nur nicht mit der obersten Instanz der Kirche, als wären die Feiertage bloß eine Lohnangelegenheit und nicht auch, ja sogar in erster Linie eine Sache der Kultur, der Religionsfreiheit und eines beiderseitig verbindlichen Konkordates.“ Da die Frage weiterhin sehr lebhaft diskutiert wurde, nahm der Bischof in einem längeren Artikel zum ganzen Problemkreis Stellung. Da im August 1945 keine Verhandlungen mit berechtigten offiziellen Vertretern<sup>9</sup> der Kirche geführt wurden, ist das Gesetz der provisorischen Staatsregierung vom 7. August 1945 „ein

<sup>8</sup> Hindinger, Gabriele, Das Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse in Oberösterreich im Jahre 1945, Verlag Brüder Hollinek, Wien 1968, 73.

<sup>9</sup> Im Jahre 1945 kam ein Parteiabkommen zustande, an dem Persönlichkeiten aus dem Wiener Klerus, aber nicht Bischöfe und schon gar nicht ein Vertreter Roms mitgewirkt haben.

offener Verstoß gegen das Konkordat und ein gewalttätiger Bruch mit der einheitlichen Tradition Österreichs“. Erst am 18. November 1955 beschloß der Nationalrat, das Feiertagsruhegesetz aus dem Jahre 1945 abzuändern.

Der Bischof nahm auch die Regelung der Schulangelegenheiten in Angriff. Am 5. Mai 1945 besprachen Bischof Fließer und seine drei sozialdemokratischen Besucher: Religionsunterricht ohne Zwang, nicht zuviel konfessionelle Mittelschulen — Ursulinen, Petrinum, Kremsmünster, Missionskonvikt Schlierbach. Die kulturellen Fragen werden sich größtenteils nach reichseinheitlichen Richtlinien regeln müssen. Vorerst ein Mindestprogramm für das Land, alles vorbehaltlich einer späteren grundsätzlichen Ordnung seitens der zuständigen kirchlichen Oberbehörden. Soweit die Aufzeichnungen des Linzer Diözesanbischofs.

Die Schule ist staatlich. Der Religionsunterricht der Volksschule wird in den Schulräumen erteilt. Die Eltern der Kinder haben das Recht, zu wählen, ob das Kind den Religionsunterricht besucht oder nicht, es darf aber keine Pression mit dem Austritt des Kindes aus der Religionsstunde, veranlaßt durch eine schlechte Note stattfinden. Die Sozialdemokraten verlangen restlose Wiedergutmachung für die Enteignung ihres liegenden Vermögens aus dem Jahre 1934. Die Sozialdemokraten konzedieren der katholischen Kirche folgende Mittelschulen: 1. das Gymnasium Kremsmünster ob seiner Leistungen auf dem Gebiete der Wissenschaft, 2. das Petrinum zur Heranbildung eines bodenständigen Klerus, 3. das Missionsgymnasium in Schlierbach aus nationalpolitischen Erwägungen. Der Missionär hat mitgeholfen, das im Ausland tief gesunkene Ansehen unseres Volkes zu heben, 4. das Ursulinen- und Kreuzschwwesterninstitut für weibliche Erziehung und als letztes das Schwesterninstitut in Vöcklabruck. Soweit der Auszug aus dem Schreiben des Herrn Vizekanzlers Dr. Schärf an Herrn Kanonikus Dr. Weinbacher vom 8. 6. 1949. In seiner Stellungnahme zu diesem Brief meinte Dr. Fließer, daß er immer wieder den provisorischen Charakter der Absprache betont habe.

Am 29. Mai 1945 versammelte sich beim Bischof der oberösterreichische Landesschulrat zu einer Besprechung über den Religionsunterricht, das Schulgebet, die konfessionellen Schulen und alle damit zusammenhängenden Fragen. Der Bischof betonte gleich zu Beginn, daß die Ergebnisse dieser Sitzung — solange er keinen Kontakt mit den übrigen österreichischen Ordinarien hätte — nur vorläufigen Charakter haben könnten. Trotzdem aber wurde der Religionsunterricht schon als relativ obligat angenommen, d. h. der Staat wird keinen Einfluß auf die Eltern hinsichtlich der Anmeldung der Kinder zum Religionsunterricht ausüben. Eine Abmeldung sei in der Volksschule vom 7. bis 15. Lebensjahre ausgeschlossen; hingegen ist eine Anmeldung jederzeit möglich. In höheren Schulen wird nach dem 14. Lebensjahr mehr Freiheit gewährt. Der Staat wünscht die Verrichtung des Schulgebetes, doch möge das Schulgebet so gestaltet sein, daß es auch von protestantischen Kindern verrichtet werden kann. In jeder Schule soll wieder ein Kreuz angebracht werden. Eröffnungs- und Schlußgottesdienst sind offiziell. Die Zahl der Religionsstunden wird geringer sein. Zur Frage der konfessionellen Schule nahm der Landesschulrat 1945 schon eine grundsätzlich wohlwollende Haltung ein. Seitens des Staates wird der Wiedererrichtung der früheren geistlichen Institute und Lehranstalten nichts in den Weg gelegt; dabei werden aber die im Jahre 1934 der Kirche übergebenen Institute der Sozialdemokraten nicht mehr beansprucht.

Im April 1950 veröffentlichte Dr. Schärf einen Artikel unter dem Titel: „Bischofsworte über Eherecht und Schule“<sup>10</sup>. Dabei erwähnte er neben den Absprachen von meist sozialistischen Politikern mit den Bischöfen von Salzburg und Innsbruck auch jene mit

<sup>10</sup> Schärf, Adolf, Bischofsworte über Eherecht und Schule, in: Die Zukunft, Sozialistische Monatsschrift für Politik und Kultur, Heft 4, Mitte April 1950, 89 f.

Bischof Fließer<sup>11</sup> und zitierte im wesentlichen die Aufzeichnungen aus dem sozialdemokratischen Gedächtnisprotokoll. Im Gegensatz zu Bischof Fließer vertrat dabei der Vizekanzler die Meinung, daß es am 5. Mai 1945 „keine private Unterhaltung“ gewesen sei.

Worum ging es Dr. Schärf bei der ganzen Sache? „Vergleicht man das, was österreichische Bischöfe im Jahre 1945 über Eherecht und Schule erklärt haben, mit Äußerungen, die uns heute von ‚katholischer Seite‘ entgegentönen, dann erscheint manches befremdend . . . Trotzdem werden seit einigen Monaten von ‚katholischer Seite‘ in der Presse und sonst in der Öffentlichkeit neuerlich Forderungen erhoben, die von einem Geist getragen scheinen, der in der Vergangenheit verhängnisvoll war.“

Es war noch ein langer Weg, bis am 9. Juli 1962 (BGBl. 273/1962) der Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und der Republik Österreich zur Regelung der Schulfragen abgeschlossen werden konnte.

Daneben setzte sich Bischof Fließer noch sehr ein, um die geistige Hungersnot bei Priestern und Gläubigen stillen zu können, ohne die ungeheure materielle Not zu übersehen, zu deren Linderung er nach besten Kräften beitrug. Plünderungen, schwere Sittlichkeitsverbrechen und Morde nahmen überhand. Ein Gutteil dieser Taten ging auf das Konto der von den Siegern befreiten KZ-Häftlinge, über deren Treiben Dr. Kreczi berichtet: „Sie nähen ein Stück ihres gestreiften Sträflingsgewandes auf den Rücken ihrer neuen Kleidung als Ausweis und Abzeichen ihrer bevorzugten Stellung. KZler und Ausländer vor allem, vielfach bewaffnet, rauben Autos, Motorräder, Fahrräder; sie dringen in Wohnungen ein und halten sie besetzt, sie plündern und zerstören und genießen bei alledem den besonderen Schutz der Amerikaner“<sup>12</sup>. Der Bischof sagte daher ganz offen den amerikanischen Offizieren am 10. Mai 1945, daß nach der anfänglichen Freude über die Befreiung nun Enttäuschung Platz gegriffen habe wegen der Plünderungen. Doch die Offiziere versicherten, daß die Plünderungen seitens der Soldaten schon abgestellt seien. Was die KZler anlangt, sei zu bedenken, daß sie teilweise bewaffnet seien. Ein Vorgehen gegen sie würde zu einem blutigen Kampf und zu diplomatischen Verwicklungen führen. Auch seien gewisse Kompetenzangelegenheiten der amerikanischen Behörden noch nicht geregelt. Die KZler werden in ein gemeinsames Lager gebracht werden.

Der Bischof setzte sich auch für die unfreiwillig in das System Hineingezwungenen ein<sup>13</sup>.

Auch die Frage der österreichischen Gefangenen, die nach Frankreich transportiert werden sollten, brachte der Bischof zur Sprache. Die Offiziere erwähnten, daß von den Alliierten beschlossen worden sei, österreichische Gefangene zum Wiederaufbau geschädigter Gebiete des Auslandes zu verwenden. Die Amerikaner mußten großes Vertrauen in die Objektivität von Bischof Dr. Fließer haben, denn am 13. Juni 1945 kamen erneut zwei amerikanische Majore, um die Meinung des Bischofs über die Fragen der österreichischen Sicherheit, Fragen des Transportes, Radio, Zeitung und der Künstler zu hören. So leistete Bischof Fließer über die amerikanische Militärregierung einen nicht unwesentlichen Beitrag zum Aufbau sicherer Verhältnisse und der demokratischen Ordnung in Oberösterreich und auch in ganz Österreich.

„Die geistige Hungersnot in Priestern und Gläubigen zu bannen, ist mir die allererste Sorge . . .“ Darum ging Bischof Fließer gleich nach Kriegsende daran, wie die meisten

<sup>11</sup> Es fällt auf, daß die Absprachen nur mit den drei jüngsten Bischöfen geführt wurden, die alle vor 1938 noch nicht Bischöfe waren.

<sup>12</sup> Kreczi, Dr. Hanns, Fünf Minuten vor und nach Zwölf, in: Oberösterreichische Nachrichten, 96. Jg., Nr. 113 vom 14. 5. 1960, 15.

<sup>13</sup> Von Gauleiter Eigruber wurden Bedienstete des Landestheaters und anderer Institutionen gezwungenermaßen zu den Wachmannschaften des KZ Mauthausen dienstverpflichtet. Von den Amerikanern wurden diese den übrigen SS-Leuten gleichgehalten.

österreichischen Diözesen, ein eigenes Kirchenblatt herauszugeben. Nachdem die Bewilligung der Militärregierung eingeholt war, konnten zum Christkönigsfest 1945 die ersten 90.000 Exemplare des „Linzer Kirchenblattes“ erscheinen. Da es seit langem die erste geistige Nahrung war, stieg die Auflagenzahl in den nächsten Wochen sehr rasch an und pendelte sich auf ca. 120.000 Exemplaren pro Woche ein – obwohl zu Beginn die allergrößten materiellen Schwierigkeiten zu überwinden waren; manchmal war z. B. der Versand durch das Fehlen der für die Verpackung notwendigen Schnüre in Frage gestellt.

Ungeduldig fragte das Linzer Volksblatt am 13. Oktober 1945: „Wann wird der Linzer Dom eröffnet?“ Die Schäden am Dom waren doch größer, als es ursprünglich ausgesehen hatte, und der Wiederaufbau wird – so hieß es – infolge Arbeiter- und Materialmangels mindestens noch ein Jahr dauern. Die Dombauleitung bemühte sich gleich nach Kriegsende um die Ausbesserung der Kriegsschäden an den Gewölben und um die Einsetzung gewöhnlichen Glases anstelle der vielen zerstörten Gemäldefenster.

In einem Hirtenschreiben zum 8. Dezember 1947 teilte Bischof Fließer mit, daß im November 1947 die wesentlichen Ausbesserungen am Domgewölbe abgeschlossen und die Gemäldefenster ergänzt wurden. Er berichtete auch, daß sogar während des Krieges Galeriebrüstungen und Fialen angeliefert wurden. „Wir wollen ja ... die vordringlicheren Bauarbeiten an menschlichen Wohn- und Arbeitsstätten nicht hemmen, andererseits aber auch im rechten Verhältnis dazu unsere herrlichen Gotteshäuser nicht halbvollendet oder in ruinösem Zustand stehen und verfallen lassen.“

Seit Ostern 1948 war das Gewölbe des Domes vollständig wiederhergestellt. Auch die Galeriebrüstung des Hauptschiffes war versetzt worden. Gleichzeitig wurde mit der figuralen Ausstattung des Domes begonnen und zwei Monumentalstatuen der Apostelfürsten Petrus und Paulus (von einem unbekannten Meister ungefähr aus dem Jahre 1660) im rückwärtigen Teil des Domes aufgestellt<sup>14</sup>. Ende 1948 wurde der Dom wieder um ein Kunstwerk reicher. Im neuen Kreuzweg, dessen Aufstellung der Bischof schon im Jahre 1943 geplant hatte, wurden die ersten zwei Stationen angebracht<sup>15</sup>. Der Kreuzweg soll als Diözesandenkmal für die gefallenen Krieger gelten.

Bischof Fließer setzte sich gleichfalls für die Renovierung und Aufstellung der Dreifaltigkeitssäule auf dem Linzer Hauptplatz ein.

Auch für die Rettung der im Salzstollen von Bad Aussee untergebrachten Kunstschätze verwendete sich Bischof Fließer. Leider wurden die Aktivitäten des Bischofs auf diesem Gebiet durch seine Krankheit ab 1948 stark eingeeengt.

<sup>14</sup> Sie standen vorher in der Spitalkirche zu Eferding.

<sup>15</sup> Ein Werk des akad. Bildhauers Franz Forster in St. Florian.